

# INHALT

Editorial .....	7
-----------------	---

## **THEMA: Studierende**

*Gudrun Aulerich & Ruth Heidi Stein:*

Familie alles – Hochschule nichts?

Zum Einfluß von Handlungsmustern und  
institutionellen Bedingungen auf das Verhalten

Dresdner Studierender sechs Jahre nach der Wende ..... 10

*Heidrun Jahn:*

Frauen in Fachhochschulstudiengängen.

Hindernisse und Möglichkeiten ..... 23

*Theo Baumgärtner:*

Speed, Shit und Scheine.

Der Umgang mit Rauschmitteln bei

Leipziger, Dresdener und Hamburger StudentInnen ..... 32

## **FORUM**

*Petra Bock:*

Vergangenheitspolitik nach 1989 ..... 53

*Gottfried Seifert:*

WIPianer in blühenden Landschaften?

Nachruf auf ein Stück gelebter Solidarität

im zusammenwachsenden Deutschland..... 68

*Heike Kahlert & Cornell Babendererde:*  
Profilbildung in der Wissenschaftslandschaft  
Mecklenburg-Vorpommerns: Das Interdisziplinäre  
Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der  
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald..... 100

**REAKTION**

*Arno Hecht:*  
Gefeuert, erneuert und was nun? Der Rechtsstaat in Nöten ..... 117

**DOKUMENTATION I**

Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung  
in der DDR und in Ostdeutschland  
4. Folge (*Peer Pasternack*) ..... 136

**BERICHT**

Wissenschaftsrat würdigt Stärkung der Naturwissenschaften  
an den Universitäten in Sachsen-Anhalt (*Wissenschaftsrat*) ..... 142

**DOKUMENTATION II**

„Acht Magnifizenzen“. Ein Bilderstreit in Jena ..... 144

Debatte über Forschungs- und Technologiepolitik.  
Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Februar 1998  
(*Hans-Otto Schmiedeberg, Edelbert Richter, Horst Kubatschka*) ..... 176

**GELESEN**

Dieter Dohmen: Neuordnung der Studienfinanzierung.  
(*Falk Bretschneider*) ..... 183

**PUBLIKATIONEN**..... 187

**ZUM SCHLUSS** ..... 208

# Profilbildung in der Wissenschaftslandschaft Mecklenburg- Vorpommerns:

Das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien  
der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

**Heike Kahlert &  
Cornell Babendererde**

Greifswald

## Notwendige Vorbemerkung

Dieser Beitrag ist aus der Perspektive westdeutscher Frauen geschrieben, die zu unterschiedlichen historischen und (wissenschafts)-

biographischen Zeitpunkten mit den sich transformierenden ostdeutschen Hochschulen in Verbindung gekommen sind. Da wir weder so tun wollen und können als schrieben wir aus einer „originär ostdeutschen“ Perspektive, noch als gäbe es keine Unterschiede (mehr) zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlerinnen, möchten wir unsere ursprüngliche (wissenschaftliche) Herkunft zumindest benennen. Auch wir partizipieren am Wissenschaftstransfer im Transformationsprozeß.

## Zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung im deutschen Hochschulwesen

Feministische Forschung ist Wissenschafts- und Gesellschaftskritik.<sup>1</sup> Sie gehört inzwischen zum festen Bestandteil einer sich als modern und demokratisch verstehenden Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Längst spielt diese innovative Forschungsperspektive „eine zentrale Rolle als wissenschaftskritische Kraft im Kanon der etablierten Disziplinen“ (Kirsch-Auwärter 1996b, 53). Die geschlechtskritische Inspektion und Neuschrift der etablierten Wissenschaftsdisziplinen weckt seit längerem die Denklust von Frauen, auch einige aufgeschlossene Männer wenden sich inzwischen zunehmend der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den asymmetrischen Geschlechterverhältnissen zu.

---

<sup>1</sup> Die Begriffe feministische Forschung sowie Frauen- und Geschlechterforschung werden hier synonym verwendet.

Das wachsende Interesse an Themenstellungen und Ergebnissen aus dem feministischen Spektrum korrespondiert im deutschen Hochschulwesen nicht mit dem Institutionalierungsgrad dieser Forschungsperspektive im Wissenschaftsbetrieb. Zwar haben die alten Bundesländer historisch betrachtet grundsätzlich gegenüber den neuen Ländern einen Vorsprung in der Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung in den Wissenschaftsinstitutionen; erste Bemühungen um die Institutionalisierung von feministischer Forschung in den Hochschulen reichen in die siebziger Jahre zurück. Dennoch ist die Frauen- und Geschlechterforschung längst nicht in allen Hochschulen der alten Bundesländer institutionalisiert. Zum einen gibt es im Institutionalierungsstand große fachspezifische Unterschiede zwischen den Sozial- und Kulturwissenschaften, in denen relativ viel feministische Forschung stattfindet, und den Technik- und Naturwissenschaften, in denen feministische Fragestellungen nur zögerlich aufgegriffen werden. Zum anderen gibt es diesbezüglich große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern: Nordrhein-Westfalen und Berlin haben inzwischen eine Reihe von Frauenforschungsprofessuren eingerichtet, in bayerischen Hochschulen hingegen gibt es kaum Institutionalisierungsansätze. Auch in den Hochschulen der neuen Bundesländer ist der Institutionalierungsgrad unterschiedlich weit vorangeschritten: vor allem die Humboldt-Universität in Ost-Berlin und die Universität Potsdam können einige Erfolge in der Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung aufweisen, aber auch in einigen sächsischen Hochschulen gibt es Institutionalisierungsansätze.

Seit einiger Zeit gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern institutionalisierte Frauen- und Geschlechterforschung: Im November 1996 wurde an der Philosophischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald das *Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* gegründet, das sich als landesweiter Knotenpunkt im noch (fester) zu knüpfenden Netz der mecklenburg-vorpommernschen Frauen- und GeschlechterforscherInnen versteht und die Etablierung der feministischen Perspektive in Forschung und Lehre vorantreiben will. Bevor wir dieses Zentrum näher vorstellen, möchten wir unser Verständnis von Frauen- und Geschlechterforschung beschreiben und diskutieren, welche Rolle ihr im Wissenschaftssystem zukommt. Zunächst aber gehen wir auf den Zusammenhang von Gleichstellungspolitik und feministischer Wissenschaft ein, der auch für die Gründung des Greifswalder Zentrums von großer Bedeutung ist.

## **Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft als Modernisierungsbeihilfen**

Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft stehen zueinander in einem spezifischen Spannungsverhältnis:

- Gleichstellung ist nicht ohne die Erkenntnisse der feministischen Wissenschaft zu denken,
- feministische Wissenschaft im Hochschulwesen ist ohne Gleichstellungspolitik nicht möglich.

Gleichstellungspolitik im Wissenschaftsbetrieb setzt traditionell vor allem an der Erhöhung des Frauenanteils an den Studierenden, Lehrenden, Forschenden und dem nicht-wissenschaftlichen Personal an. Sie ist in erster Linie frauenparteiliche Personalpolitik, unabhängig von den inhaltlichen und frauenpolitischen Ausrichtungen der Betroffenen. Adressatinnen von Gleichstellungspolitik sind Frauen, also nicht nur feministische Wissenschaftlerinnen, diese sind nur eine kleine Gruppe der gleichzustellenden Frauen im Wissenschaftsbetrieb. Die Förderung von Frauen und die Förderung von Frauenforschung sind zwei unterschiedliche und doch miteinander verbundene gleichstellungspolitische Strategien. Die feministische Forschung liefert wichtige Ergebnisse für die Gleichstellungspolitik: Wenn wir beispielsweise nicht wüßten, wie klein der Frauenanteil an den Professuren ist, wie könnten wir sonst die Notwendigkeit von Gleichstellungsmaßnahmen in diesem Bereich begründen? Frauen- und Geschlechterforschung darf andererseits nicht auf Begleitforschung von Gleichstellungspolitik reduziert werden. Diese Themenstellungen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem feministischen Forschungsspektrum. Insofern sind also Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft klar voneinander zu trennen.

Dennoch gibt es ein Wechselverhältnis zwischen diesen beiden Bereichen. Gleichstellungspolitik braucht die Erkenntnisse, Analysen und Anregungen von feministischen Wissenschaftlerinnen. Beispielsweise können Frauenförderpläne in den Hochschulen nur erstellt werden, wenn entsprechende Daten zur Repräsentanz von Frauen in den verschiedenen Arbeitsbereichen und auf den verschiedenen Staturebenen vorliegen. Frauenförderpläne sind ein zentraler und unverzichtbarer Bestandteil der Hochschulentwicklungsplanung, die ohne die Analyse von sozialstrukturellen Zusammenhängen im Bildungsbereich, zu denen wesentlich die Ungleichheit der Geschlechter gehört, nicht möglich ist. Auch braucht eine moderne und damit notwendigerweise gleichstellungspolitisch ausgerichtete Hochschulentwicklungsplanung Kenntnisse über die spezifischen Lebens- und Ar-

beitsbedingungen von Frauen im Wissenschaftsbetrieb, um die Durchsetzung von Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis nicht einseitig am männlichen Karrieremuster zu orientieren.

Frauen- und Geschlechterforschung wiederum bedarf der Gleichstellungspolitik, um in ihrer ganzen fächerspezifischen Ausdifferenzierung anderen wissenschaftlichen Schwerpunkten gleichgestellt zu werden und um angemessen in den Hochschulen repräsentiert zu sein. Das bedeutet, daß Gleichstellungspolitik mehr ist bzw. sein muß als Personalpolitik: Neben der Erhöhung des Frauenanteils muß sie auch zur Umstrukturierung des Themen- und Fächerkanons im Wissenschaftsbetrieb beitragen, z.B. indem sie die Einrichtung von entsprechenden Studien- und Forschungsschwerpunkten an den Hochschulen unterstützt. Die Etablierung von (Nebenfach-)Studiengängen zur Geschlechterforschung, wie sie nun erstmalig zum Wintersemester 1997/98 an der Humboldt-Universität in Berlin und an der Universität Oldenburg erfolgt, oder auch die Gründung von Zentren zur feministischen Forschung sind Maßnahmen konsequenter Gleichstellungspolitik.

Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft treffen sich in ihrer Zielsetzung: gemeinsames Ziel ist die Herstellung von Gleichheit und Gerechtigkeit in den Geschlechterverhältnissen und damit die Demokratisierung von Wissenschaft und Gesellschaft. Da Demokratisierung wiederum ein zentraler Bestandteil von (reflexiven) Modernisierungsprozessen ist, sind Gleichstellungspolitik und feministische Wissenschaft folglich „Modernisierungsbeihilfen“ (Wetterer 1992, 197f). Wenn wir uns verdeutlichen, wie wissenschaftsabhängig moderne Gesellschaften sind, und wenn wir uns weiter verdeutlichen, daß wissenschaftliche Erkenntnis entgegen lang verbreiteter Mythen nicht geschlechtsunabhängig produziert, vermittelt und rezipiert wird, wird verständlich, wie wichtig die gleichberechtigte reale und symbolische Repräsentanz von Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Wissenschaftsbetriebs für eine moderne und demokratische Gesellschaft ist.

Die Öffnung der Hochschulen für Frauen und die damit verbundene Erhöhung des Frauenanteils auf allen Hierarchiestufen allein bedeutet aber noch nicht zwangsläufig eine qualitative Veränderung des wissenschaftlichen Denkens und der Strukturen des Wissenschafts- und Gesellschaftssystems. Es ist sehr zweifelhaft, ob Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts eine qualitativ „andere“ oder gar „bessere“ Wissenschaft betreiben und allein durch ihre Repräsentanz die Hochschulen verändern. Für qualitative Veränderungen im wissenschaftlichen Umgang mit den Geschlechterverhältnissen in Lehre und Forschung braucht es die Frauen- und Geschlech-

terforschung, die die Inhalte sowie die Produktions- und Vermittlungsformen von Wissenschaft aus der Perspektive der Geschlechterdifferenz sukzessiv dekonstruiert, modernisiert und transformiert.

## **Frauen- und Geschlechterforschung im Transformationsprozeß**

Seit einigen Jahren diskutieren ostdeutsche Wissenschaftlerinnen kontrovers darüber, ob und in welcher Form es in der DDR eine eigenständige Frauenforschung gegeben hat, an die sich im Transformationsprozeß kritisch anknüpfen ließe. Einigkeit besteht unter den Diskutantinnen darin, daß in der DDR über die Situation von Frauen und über die Geschlechterverhältnisse geforscht wurde. Ob diese Forschung über Frauen als Frauenforschung bezeichnet werden kann und soll, ist unter den von uns rezipierten Diskutantinnen strittig (vgl. z.B. Dölling 1990, 1993; Gabriel 1992; Eifler 1993; Liebsch/Haas 1996). Diese in einer staatlich beeinflussten Forschung seit den sechziger Jahren gewonnenen Ergebnisse waren jedoch nur einer kleinen WissenschaftlerInnenelite, und zum Teil nur mit besonderer Erlaubnis, zugänglich. Gesellschaftskritische Schlußfolgerungen aus diesen Ergebnissen waren politisch nicht erwünscht und wurden nur selten bzw. nicht öffentlich gezogen. Christine Eifler (1996, 535) schreibt, daß unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen diese „Frauenforschung von oben“ nicht nur zu keiner Weiterentwicklung und Erweiterung der Frauenpolitik beitragen konnte, sondern diese in ihren Grenzen bestätigte – womit sie systemkonform war. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR-„Frauenforschung“ ist ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Unterschied zur westdeutschen Frauenforschung. „Autonome“ Frauenforschung, d. h. eine „Frauenforschung von unten“, die nicht bzw. nicht notwendigerweise positivistisch war und die Verhältnisse bestätigte, gab es in der DDR zwar nach Liebsch/Haas (1996) bereits in den achtziger Jahren. Ihre Ergebnisse unterliefen mehr oder weniger die DDR-offizielle Sicht auf die Geschlechterverhältnisse, wurden aber vor allem privat diskutiert und spielten in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit keine Rolle.

Was Frauenforschung mehr bzw. anderes ist als Forschung über Frauen, wurde vor allem in den achtziger Jahren unter westdeutschen Wissenschaftlerinnen breit und kontrovers diskutiert (vgl. z.B. Beiträge 1984; Zentraleinrichtung 1984; Nunner-Winkler 1994). Der Streit entzündete sich in den Sozialwissenschaften an der Frage, ob es spezielle Methoden in der Frauenforschung gibt. Diese Frage wird heute weitgehend verneint. Bis heute gibt es keine einheitliche Definition, was Frauenforschung ist; sie

wird auch von kaum einer Wissenschaftlerin angestrebt. Je abhängig vom eigenen wissenschaftstheoretischen, fachspezifischen und politischen Standpunkt wird Frauenforschung als eine bestimmte Forschungsperspektive, die das Geschlechterverhältnis als grundlegendes gesellschaftliches Macht- und Herrschaftsverhältnis versteht, als Bezeichnung für die Forschung von Frauen oder als Forschung über Frauen gesehen.

Zentrale Kategorie und Grundtheorem der Frauenforschung ist die Strukturkategorie Geschlecht, die Perspektive und/oder Gegenstand einer kritischen Frauenforschung ist. Die derzeit entbrannte Diskussion um die soziale Konstruktion der Geschlechterdifferenz verdeutlicht, daß im feministischen Wissenschaftsdiskurs viel in Bewegung ist. Das vermeintlich für sicher gehaltene feministische Alltagswissen von der Zweigeschlechtlichkeit wird derzeit durch die konstruktivistische Perspektive radikal hinterfragt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wie können wir den Androzentrismus von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft kritisieren, wenn wir nicht (mehr) sagen können, was die „männliche“ und was die „weibliche“ Perspektive ausmacht? Mit dem Streit um die Differenz sind die methodologischen Grundlagen der Frauenforschung fragwürdig geworden. Der hohe Grad an (Selbst-)Reflexivität im feministischen Wissenschaftsdiskurs zeigt sich jedoch darin, daß diese methodologischen Verunsicherungen zu einer neuerlichen konstruktiven Diskussion um das Selbstverständnis von und unter Frauenforscherinnen geführt haben.

Zu diesen Selbstverständnissebatten gehört auch die Auseinandersetzung mit der Geschlechterforschung. Der Begriff „gender studies“ bzw. Geschlechterforschung ist eine vergleichsweise neue Wortschöpfung im deutschsprachigen Feminismus der neunziger Jahre – und ebenso wie die „women’s studies“ der siebziger Jahre ein angelsächsischer Import. So wie der Begriff Frauenforschung vor allem in den Anfängen der neuen Frauenbewegung kontrovers diskutiert wurde, ist auch der Begriff Geschlechterforschung umstritten. Mit dem aktuellen Streit um die Begrifflichkeiten verbinden sich Debatten um verschiedene theoretische und politische Perspektiven. Als Gegenstandsbereich der Geschlechterforschung werden die sozialen und kulturellen Dimensionen der Geschlechterverhältnisse angesehen. Ob und welche Veränderungen diese Auffassung des Gegenstandsbereichs gegenüber der bisherigen Frauenforschung bedeutet, wird unterschiedlich beantwortet (vgl. für den angelsächsischen Raum Richardson/Robinson 1994): Einige Wissenschaftlerinnen weisen darauf hin, bereits seit den Anfängen der neuen Frauenbewegung zu den Geschlechterverhältnissen geforscht und diese „Geschlechter“forschung als „Frauen“-forschung bezeichnet zu haben. Sie plädieren vor allem aus Gründen der



Traditionsbildung für die Beibehaltung des Begriffs Frauenforschung. Andere treten dafür ein, am Begriff Frauenforschung festzuhalten, um das widerständige und herrschaftskritische Moment der frauenzentrierten Forschungsperspektive zu betonen. Wiederum andere schlagen ebenfalls aus politischen Erwägungen heraus vor, von Geschlechterforschung zu sprechen: Diese sei in den traditionellen Wissenschaftsinstitutionen eher durchsetzbar. Während in der Frauenforschung umstritten ist, ob auch Männer diese Forschung betreiben können bzw. sollen, ist unwidersprochen, daß Geschlechterforschung von beiden Geschlechtern betrieben wird.

Die methodologische Reflexion der gesellschaftlichen Bedingtheit der eigenen Forschung, ihrer Ergebnisse und auch der eigenen blinden Flecken ist ein wichtiges Element einer (wissenschafts- und gesellschafts-)kritischen feministischen Forschung. Diese grundlegende Einsicht wird allerdings längst nicht von allen in diesem Feld engagierten Wissenschaftlerinnen gleichermaßen berücksichtigt. Bisher wird beispielsweise kaum von westdeutschen Frauenforscherinnen reflektiert, welche Konsequenzen das von westdeutscher Seite hierarchisch strukturierte Zusammenwachsen zweier Gesellschaftssysteme für feministische Forschung hat. Birgit Bütow (1994) hat kritisch und zu recht darauf verwiesen, daß sich durch den gesellschaftlichen Umbruch auch die Frauenforschung in der Krise befindet. Sie plädiert dafür, daß ostdeutsche Frauenforscherinnen selbstbestimmt eigene Spuren suchen und ein eigenes Profil entwickeln. Aus westdeutscher Perspektive weist Carol Hagemann-White (1995, 38) auf die grundlegend veränderte Lage der Frauenforschung durch den Vereinigungsprozeß hin. Der bisher historisch wohl vorbildlose Prozeß des männlich und westlich geprägten Wissenschaftstransfers im Transformationsprozeß verdeutlicht, wie wenig Macht und Bedeutung westdeutsche Frauenforscherinnen im Wissenschaftssystem trotz einiger wissenschaftspolitischer Erfolge hatten bzw. haben: Der bisherige Institutionalisierungsprozeß der Frauenforschung in westdeutschen Hochschulen sei an der Oberfläche geblieben, ohne auf herkömmliche Auffassungen in den Disziplinen weiter einzuwirken. Im Transfer des westdeutschen Hochschulwesens nach Ostdeutschland spielte die Frauenforschung keine Rolle. Festzuhalten bleibt: Bezüglich weiterführender theoretischer Reflexionen und der Entwicklung gemeinsamer wissenschaftspolitischer Handlungsstrategien stehen feministische Wissenschaftlerinnen in beiden Teilen Deutschlands noch ganz am Anfang.

## Frauen- und Geschlechterforschung als paradoxe Intervention im Wissenschaftssystem

Die westdeutsche Frauenforschung entstand als „akademischer Arm“ der Frauenbewegung. Sie ist bis heute sowohl in der sozialen Bewegung der Frauen als auch in der Wissenschaft verankert. Diese Spannung zwischen Wissenschafts- und Bewegungsorientierung ist eines ihrer Charakteristika und unterscheidet sie davon, ein Teilbereich der traditionellen Disziplinen zu sein. Aufgrund ihrer spezifischen Verortung zwischen Wissenschaft und Bewegung ist sie sperrig und widerständig gegenüber dem herrschenden Wissenschaftssystem, läßt sich nicht einfach vereinnahmen, disziplinieren, unterordnen. Anliegen der Frauenforschung ist die Klärung der Zusammenhänge von Diskriminierung und Befreiungsmöglichkeiten in den Geschlechterverhältnissen. In diesem Sinne ist sie Wissenschafts- und Gesellschaftskritik und kann als „Oppositionswissenschaft“ (Metz-Göckel 1993, 412) bezeichnet werden. In Anlehnung an Foucault verleiht diese Position der Marginalität bzw. Randständigkeit der Frauenforschung Macht und verstrickt sie damit zugleich in die Technologien der Macht, genauer: in das Geflecht aus Wissen und Macht. Auch und gerade die Kultur der Marginalität hat Effekte auf die traditionelle Institution Wissenschaft (vgl. Kirsch-Auwärter 1996a): diese verändert sich sukzessiv durch die Frauenforschung, die Frauenforschung wiederum verändert sich ebenfalls sukzessiv in ihrem Weg in und durch die Institution.

Die Institutionalisierung von feministischer Forschung in den Hochschulen ist paradox. Feministische Forschung sei Arbeit im Widerspruch, so Cornelia Giebeler (1992, 14). Von der Institution Geld und Schutz zu erlangen, deren androzentrischer Charakter grundsätzlich kritisiert wird, sei die Institutionalisierung der Paradoxie. Doch nicht nur die Institutionalisierung als solche ist paradox. Nach Angelika Wetterer (1993, 195) stellt die Institutionalisierung eine paradoxe Antwort und paradoxe Intervention hinsichtlich der paradoxen Situation dar, in der sich Frauenbewegung und Frauenforschung befinden. Diese Paradoxie bestehe darin, daß Frauenbewegung, Frauenforschung und feministische Wissenschaftspolitik, um wirksam sein zu können, das Geschlecht zum strukturbildenden Moment politischer Strategien machen müßten, um letztlich das Geschlecht als soziales und politisches Klassifikationsmerkmal außer Kraft zu setzen. Sie berufen sich auf die Kategorie Geschlecht, die es zu überwinden gilt.

Die Orte und Wege von feministischer Forschung sind im deutschen Hochschulwesen vielfältig, jeweils abhängig von den Bedingungen der ein-

zelen Disziplinen, von den vor Ort beteiligten Personen sowie von der politischen und rechtlichen Verfaßtheit der jeweiligen Hochschule, in der sich die Oppositionswissenschaft institutionalisiert. Beispiele für Institutionalisierungsformen sind Frauenforschungsprofessuren, feministische Lehrveranstaltungen, Studienschwerpunkte bzw. die curriculare Bündelung von Frauenforschung als Nebenfach, Graduiertenkollegs zur Frauen- und Geschlechterforschung, Frauenforschungsbibliotheken und Wissenschaftlerinnennetzwerke. Zusammenschlüsse von feministischen Wissenschaftlerinnen in disziplinären oder auch interdisziplinären Forschungsschwerpunkten können auch als Zentralisierung der Marginalität bezeichnet werden.

Im Folgenden beschreiben wir, wie sich die Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern zu institutionalisieren beginnt: Seit Herbst 1996 gibt es an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ein interdisziplinäres feministisches Forschungszentrum, um die vorhandenen Ansätze in diesem Wissenschaftsbereich zu bündeln und weitere diesbezügliche Initiativen anzuregen.

### **Zur Gründung des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald**

Erste Bemühungen zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Greifswald gab es bereits zu Beginn der neunziger Jahre: Im Hochschulerneuerungsprozeß begannen frauen- und gleichstellungspolitisch aktive Frauen dieser Universität, sich für die Installierung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten sowie für Aktivitäten zur Einrichtung von Frauenstudien und Frauenforschung einzusetzen. Diese Initiative und Trägerschaft lag damals allein bei Philologinnen, da die sozialwissenschaftlichen Fächer wie Pädagogik und Psychologie, in denen es ebenfalls einige Ansätze zur Frauenforschung gegeben hatte, 1991 abgewickelt worden waren. Im Dezember 1991 wurden erste Veranstaltungen und eine Ringvorlesung zu Themenstellungen der Frauen- und Geschlechterforschung angeboten (vgl. Schneikart 1993, 43).

An der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald ist die Perspektive der Geschlechterdifferenz seither, wenn auch vereinzelt, in Lehre und Forschung vertreten (vgl. Kittel 1996). Im Sommersemester 1995 fand an der Universität Greifswald eine weitere interdisziplinäre Ringvorlesung zu Fragen und Ergebnissen dieser Forschungsrichtung statt. Was noch immer fehlte, war eine institutionelle Verstetigung der Zusammenarbeit der in diesem Bereich engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die

beispielsweise ein interdisziplinäres Forschungszentrum gewährleisten könnte.

Die Initiative zur Etablierung eines Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien ging schließlich von der im September 1995 gegründeten Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus. Hier zeigt sich, daß die Gleichstellungspolitik und die Förderung bzw. der Ausbau von Frauenforschung an den Hochschulen eng verknüpft sind: Das politische Gebot der Demokratie, die Chancengleichheit der Geschlechter auch an den Hochschulen des Landes durchzusetzen, veranlaßte die Kultusministerin im März 1996, der Ernst-Moritz-Arndt-Universität die Gründung eines interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien zu empfehlen (vgl. Jahr 1996, 47) – diese Empfehlung sei „nachdrücklich“ gewesen, wie Sozialminister Kuessner anstelle der Kultusministerin in einer Rede vor dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern (1997, 3303) betonte. Die Landesregierung erhofft sich von diesem Zentrum, daß es einen wesentlichen Netzpunkt für die weitere Frauenforschung und -förderung an den Hochschulen im Land bilde (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1997, 3303) und daß es Politik und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu Fragen, die die Stellung von Frauen betreffen, beratend begleite, Problemfelder aufzeige und Lösungsansätze anbiete (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1997, 3304).

Im November 1996 wurde auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Sitzung das *Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* der Universität Greifswald gegründet. Daß diese Einrichtung zugleich wissenschaftliche und politische Bedeutung hat, verdeutlicht das von Doris Ruhe und Irene Erfen erarbeitete Positionspapier des Zentrums: Die Frauen- und Geschlechterforschung wolle das bisher praktizierte Verschweigen der Differenz zwischen männlichem und weiblichem Zugang zu wissenschaftlichen Themen aufheben und die Geschlechterdifferenz als produktive Kategorie der Erkenntnis nutzen. Diesbezügliche Defizite der jeweiligen Fächer seien aufzuarbeiten, ausführlich und differenziert zu beschreiben. Das politische Potential der Frauen- und Geschlechterforschung bestehe darin, die Perspektive der Geschlechterdifferenz zur Basis der wissenschaftlichen Untersuchungen zu machen. Insbesondere für Studentinnen habe dies wichtige Effekte auf ihre Lebens- und Karriereplanung, denn eine Karriere innerhalb der akademischen Institutionen werde Frauen in um so größerem Maß als wünschenswert und realisierbar erscheinen, wie aus weiblichen Lebenszusammenhängen entwickelte Ansätze in den Kanon wissenschaftlicher Arbeitsgebiete eingingen (Ruhe/Erfen 1996).

Das *Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* ist in Räumlichkeiten der Universität Greifswald untergebracht und wird vorläufig größtenteils aus Mitteln des Hochschulprogramms III finanziert. Zusätzliche Unterstützung gewährt derzeit die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung. Gegenwärtig sind am Zentrum zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, eine wissenschaftliche Hilfskraft sowie mehrere studentische Hilfskräfte beschäftigt. Neben den Personalmitteln gibt es einen Sachmitteletat, aus dem auch eine Präsenzbibliothek zur Frauen- und Geschlechterforschung aufgebaut wird, die dazu beitragen soll, die Forschungsinfrastruktur in diesem innovativen Themengebiet zu verbessern.

Zielsetzungen des Zentrums sind die Erhöhung des Lehrangebots zu Fragestellungen der Geschlechterdifferenz, die Initiierung, Koordination und Förderung von Forschungsaktivitäten zu diesem Themenbereich sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Frauen- und Geschlechterforschung (vgl. Jahr 1996, 48f). Zu den mit diesen Zielsetzungen verbundenen Koordinations- und Dokumentationsaufgaben gehört die Herausgabe eines kommentierten Vorlesungsverzeichnisses zu Frauen- und Geschlechterstudien an der Universität Greifswald, das erstmalig zum Wintersemester 1997/98 erscheint. Im Rahmen des Studium generale bietet das Zentrum auch eigene Lehrveranstaltungen an: Im Sommersemester 1997 führten Wissenschaftlerinnen aus dem Zentrum in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Kolloquium zur Frauen- und Geschlechterforschung – das erste einer geplanten Kolloquiumsreihe – mit dem Titel „Geschlechterdifferenz im interdisziplinären Gespräch“ durch. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Greifswald sowie auswärtige Gäste stellten aus ihrer jeweiligen disziplinären Perspektive Ansätze und Fragestellungen zum Verhältnis der Geschlechter vor. Im Wintersemester 1997/98 findet ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein weiteres interdisziplinäres Kolloquium zum Thema „Geschlechterdifferenz. Texte, Theorien, Positionen“ statt. Die Beiträge beider Kolloquien werden veröffentlicht. Weitere Kolloquien und Tagungen sind geplant.

Da das Zentrum als landesweite Einrichtung geplant ist, gehört zu seinen nächsten Arbeitsschritten die Vernetzung aller Frauen- und GeschlechterforscherInnen, die innerhalb und außerhalb der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns arbeiten. Zu diesem Zweck wird am 7. Mai 1998 an der Universität Greifswald eine Konferenz stattfinden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Frauen- und Geschlechterforschungszentren, insbesondere in den benachbarten Bundesländern, ist angestrebt. Darüber

hinaus legen es die geographische Lage Greifswalds sowie der an der Universität in Aufbau befindliche Forschungs- und Studienschwerpunkt Nord-/Osteuropa (Ostseeraum) nahe, zu entsprechenden Institutionen an skandinavischen und polnischen Hochschulen Kontakte zu knüpfen.

Derzeit sind am *Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* vier Forschungsprojekte angesiedelt, die wir nun vorstellen.

## **Forschungsprojekte des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien**

Zwei Forschungsprojekte des Zentrums betreffen direkt die Entwicklung des Frauenstudiums sowie der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Es handelt sich um die Projekte:

- Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Greifswald,
- Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern – Bestandaufnahme und Perspektiven

Diese beiden Projekte werden von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen des Zentrums bearbeitet. Zwei weitere Forschungsprojekte des Zentrums sind fachspezifisch ausgerichtet und werden von Wissenschaftlerinnen aus der Philosophischen Fakultät durchgeführt.

### *Das Projekt „Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Greifswald“*

Eine der Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in höheren Positionen der Universität ist das weitgehende Fehlen weiblicher Vorbilder und einer Tradition, die für Frauen eine akademische Laufbahn erreichbar erscheinen läßt. Die Erarbeitung einer Geschichte des Frauenstudiums an der Universität Greifswald, die in einem zweiten Schritt auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet werden soll, hilft diesem Mangel ab und trägt dazu bei, eine weibliche universitäre Tradition aufzuzeigen.

Hierbei soll zunächst die institutionelle Seite des Frauenstudiums erforscht werden: Aus den Akten des preußischen Kultusministeriums sowie des Kurators, Rektors und der Fakultäten der Universität Greifswald wird der Prozeß rekonstruiert, der schließlich zur offiziellen Zulassung von Frauen zum Studium an den Universitäten Preußens im Jahre 1908 führte. Mit Ausnahme Mecklenburgs konnten sich Frauen zu diesem Zeitpunkt be-

reits in allen anderen deutschen Ländern immatrikulieren; im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie Frankreich (1861), der Schweiz (1865) und England (1869) war man fast ein halbes Jahrhundert im Rückstand. Die Entwicklung des Frauenstudiums an der Universität Greifswald und die der öffentlichen Meinung hierzu sollen bis zur aktuellen Situation weiter verfolgt werden. Darüber hinaus ist geplant, exemplarisch einige Studentinnen, Mitarbeiterinnen und Dozentinnen in ihrem wissenschaftlichen, aber auch persönlichen Werdegang vorzustellen, sowie Universitätsangehörige aufzuspüren, die sich besonders für die Belange des Frauenstudiums eingesetzt haben.

Die Ergebnisse dieses Projekts, mit dessen Durchführung Julia Pieper betraut ist, werden in einer Monographie veröffentlicht, außerdem ist eine Ausstellung zum Thema geplant. Da der neunzigste Jahrestag des Frauenstudiums in Greifswald in das Jahr 1998 fällt, soll dieser Anlaß auf diese Art feierlich begangen werden.

#### *Das Projekt „Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern – Bestandsaufnahme und Perspektiven“*

Bereits im Jahre 1989 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) die besondere Bedeutung der Frauenforschung im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie für die weitere Entwicklung der Wissenschaften betont. Zum weiteren Ausbau der Frauenforschung empfahl die BLK, an den Hochschulen und in der Forschungsförderung durch Bund und Länder Frauenforschungsschwerpunkte zu bilden, die Projektfinanzierung im Bereich Frauenforschung zu verbessern und die Frauenforschung zu koordinieren, indem die Breite und Vielfalt ihrer Themenstellungen in Forschungsberichten bzw. Dokumentationen gesondert ausgewiesen wird (vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 1997, 56ff).

Das zweite Forschungsprojekt, das derzeit am *Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien* der Universität Greifswald bearbeitet wird, hat das Ziel, eine Dokumentation der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Hierzu wird zunächst eine Dokumentenanalyse der Forschungsberichte und Vorlesungsverzeichnisse der Universitäten und Fachhochschulen des Landes sowie eine Fragebogenerhebung bei einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie bei den Gleichstellungsbeauftragten durchgeführt. Ergänzend sind ExpertInneninterviews geplant. Die

zu erwartenden Ergebnisse dieses Projekts sind zum einen für die weitere Vernetzung entsprechend engagierter Personen vor Ort wichtig, denn nicht immer kennt frau bzw. mann die Arbeiten der Kolleginnen und Kollegen im eigenen Haus, aber auch an den benachbarten Hochschulen. Zum anderen können die Ergebnisse dieser Bestandserhebung Impulse für entsprechende Hochschulentwicklungsmaßnahmen und mögliche Schwerpunktsetzungen im Bereich der Frauenforschungsförderung geben. Diese Dokumentation, die von der Sozialwissenschaftlerin Heike Kahlert erstellt wird, wird veröffentlicht.

Im Rahmen des *Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien* ist darüber hinaus mit der Arbeit an zwei fachspezifisch orientierten Projekten begonnen worden:

Privatdozentin Irene Erfen (Germanistik/Mediävistik) bereitet die Edition und Übersetzung der lateinischen und deutschen Texte der Frühhumanisten Albrecht von Eyb und Niklas von Wyle in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vor, denen die Rede der Nicolasia von Sanuda zugrunde liegt. In ihrer lateinischen Rede wendet sich Nicolasia von Sanuda vor Kardinal Bessarion gegen die von ihm erlassenen Luxusgesetze. Zur Wahrung der Würde der Frauen führt sie hierbei herausragende Frauengestalten der Antike an. Die Auswirkungen, die diese Rede hatte, belegt ein in Gutachten dokumentierter Rechtsstreit. Da sowohl die lateinischen wie auch die deutschen Texte unzulänglich erreichbar sind, wird die Edition und Übersetzung dieser Texte einen wichtigen Beitrag für die Erforschung von frauenhistorischen Themen liefern.

Die Romanistikprofessorin Doris Ruhe plant eine Publikation zum Thema „Heilige Frauen – heilige Männer. Untersuchungen zur geschlechtsspezifischen Vorstellung von Heiligkeit in französischen Legenden des Mittelalters“. Da sich die Viten historisch belegter männlicher und weiblicher Heiliger ganz offensichtlich von den Darstellungen in populären Legenden unterscheiden, lassen sich aus dieser Diskrepanz Rückschlüsse auf die Rolle dieser Literatur bei der Konstituierung von Geschlechterrollen ziehen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die sich auf das 12. bis 15. Jahrhundert konzentriert, sollen in einer Monographie mit dem gleichnamigen Titel veröffentlicht werden.

## **Ausblick**

Frauen- und Geschlechterforschung ist bundesweit politisch gewollt und aus einer demokratischen und zukunftsweisenden Hochschulentwicklungsplanung nicht mehr wegzudenken. Mit der Gründung des *Interdisziplinä-*



ren Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien hat die Universität Greifswald bewiesen, daß sie die wissenschaftliche und politische Herausforderung durch die feministische Forschung aufnimmt und ihre Bedeutung im Modernisierungs- und Demokratisierungsprozeß der wissenschaftlichen Institutionen beimißt. Wenn ein wirksamer Beitrag zur Förderung von Frauen und Frauenforschung an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns geleistet werden soll, dann ist eine gesicherte Ausstattung des Zentrums mit Personal- und Sachmitteln unerläßlich. Die Einrichtung einer Professur für feministische Forschung sowie die Verankerung dieser Forschungsperspektive in den Curricula wären weitere wichtige Schritte zur Etablierung dieser innovativen Wissenschaftsrichtung an der Universität Greifswald und den übrigen Hochschulen des Landes. Die Frauen- und Geschlechterforschung könnte damit in der derzeit einsetzenden Diskussion um individuelle Profilbildung und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen untereinander eine bedeutsame Position in der Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns und darüber hinaus einnehmen.

*Heike Kahlert, Dr., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Greifswald.  
Cornell Babendererde, M.A., war ebendort wissenschaftliche Mitarbeiterin und arbeitet z.Zt. an ihrer Promotion*

### **Literatur:**

Arndt, Marlies/ Magdalene Deters/ Gabriele Hart/ Gabriele Jähnert/ Johanna Kootz/ Birgit Riegraf/ Manuela Roßbach/ Karin Zimmermann (Hg.) (1993): *Ausgegrenzt und mit Tendenz – Frauen in der Wissenschaft*. Berlin: edition sigma.

beiträge (1984): *Frauenforschung oder feministische Forschung? Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 7 (11).

Bütow, Birgit (1994): *Frauenforschung in Ost und West vor der Aufgabe der Neu- und Umorientierung?* In: Dies./ Heidi Stecker (Hg.): *Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern*. Bielefeld: Kleine, S. 315-321.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1997): *Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft. Fortschreibung des Berichts aus dem Jahr 1989*. Bonn (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 53).

Dölling, Irene (1990): *Situation und Perspektiven von Frauenforschung in der DDR*. In: *ZiF-Bulletin* 1, S. 1-25.

Dölling, Irene (1993): *Aufbruch nach der Wende – Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern*. In: Helwig/ Nickel (Hg.), S. 397-407.

Eifler, Christine (1993): *Ein begrenzter Einstieg: Forschung über Frauen in der DDR*. In: *Zeitschrift für Frauenforschung* 11 (1+2), S. 77-89.

Eifler, Christine (1996): *Frauenforschung in der DDR*. In: Kleinau, Elke/ Claudia Opitz (Hg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. Band 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main/ New York: Campus, S. 535-547.

Gabriel, Birgit (1992): Was heißt es für uns, feministisch zu forschen? In: Beratungsstelle für Frauen Dresden (Hg.): Zur Situation der Frauenforschung in Sachsen. Beginn einer Bestandsaufnahme. Dresden, S. 95-104.

Giebeler, Cornelia (1992): Zwischen Protest und Disziplin. Die feministische Paradoxie. Bielefeld: AJZ.

Hagemann-White, Carol (1995): Frauenforschung – der Weg in die Institution. Ideen, Persönlichkeiten und Strukturbedingungen am Beispiel Niedersachsens. Bielefeld: Klett.

Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.) (1993): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Band 318).

Jahr, Silke (1996): Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien an der Philosophischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. In: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Nicht die Frauen müssen sich ändern, sondern die Strukturen. Dokumentation zur 4. Frauenkonferenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 18./ 19. Oktober 1996 in Stralsund. Schwerin, S. 46-49.

Kirsch-Auwärter, Edit (1996a): Anerkennung durch Dissidenz. Anmerkungen zur Kultur der Marginalität. In: Modelmog, Ilse/ Dies. (Hg.): Kultur in Bewegung. Beharrliche Ermächtigungen. Freiburg: Kore (FF 9), S. 25-47.

Kirsch-Auwärter, Edit (1996b): Emanzipatorische Strategien an den Hochschulen im Spannungsverhältnis von Organisationsstrukturen und Zielvorstellungen. In: Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen: Ist Gleichstellung lehrbar? Entwicklungslinien männlicher und weiblicher Sozialisation. Band 2: Symposium 1995 in Heidelberg. Vorträge und Statements. VBWW Rundbrief 12 (Januar 1996), S. 49-54.

Kittel, Pirina (1996): Lehre und Forschung zur Geschlechtsspezifität an den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen Mecklenburg-Vorpommerns. Untersuchung der Lehrangebote im WS 1995/ 96 und der abgeschlossenen Promotions- und Habilitationsaufträge der Jahre 1993-1995 zu geschlechtsspezifischen Themenstellungen. Studie im Auftrag der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Rostock (unveröff. Ms.).

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (1997). 2. Wahlperiode – 56. Sitzung am 23. Januar 1997, S. 3300-3306 (Tagesordnungspunkt 12: Beratung des Antrags der Fraktion der PDS: Frauen in der Wissenschaft und Forschung – Drucksache 2/ 2218).

Liesch, Renate/ Angelika Haas (1996): „Forschungen zu Frauen, aber keine Frauenforschung?“ (Selbst-)Kritische Reflexionen zweier Wissenschaftlerinnen über ein Forschungsgebiet in der DDR. Eine Aufforderung zur Diskussion. In: *hochschule ost* 5 (3), S. 9-20.

Metz-Göckel, Sigrid (1993): „Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit“. Frauenforschung in Westdeutschland. In: Helwig/ Nickel (Hg.), S. 408-426.

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Hg.) (1994): Frauenförderung ist Hochschulreform – Frauenforschung ist Wissenschaftskritik. Bericht der niedersächsischen Kommission zur Förderung von Frauenforschung und zur Förderung von Frauen in Lehre und Forschung. Hannover.

Nunner-Winkler, Gertrud (1994): Zur Definition von Frauenforschung. In: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen. Mitteilung 1. Berlin: Akademie Verlag, S. 29-41.

Richardson, Diane/ Victoria Robinson (1994): Theorizing Women's Studies, Gender Studies and Masculinity: The Politics of Naming. In: *The European Journal of Women's Studies* 1 (1), S. 11-27.

Ruhe, Doris/ Irene Erfen (1996): Positionspapier des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Greifswald. Greifswald (unveröff. Ms.).

Schneikart, Monika (1993): Zur Situation von Wissenschaftlerinnen an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. In: Arndt u.a. (Hg.), S. 39-44.

Wetterer, Angelika (1992): Enthierarchisierung oder Dekonstruktion der Differenz. Kritische Überlegungen zur Struktur von Frauenförderung. In: Kootz, Johanna/ Edith Püschel (Hg.): *Studentinnen im Blick der Hochschulforschung. Empirie und Studienreform*. Berlin: Freie Universität Berlin, S. 195-213.

Wetterer, Angelika (1993): Die Frauenuniversität – Überlegungen zu einer paradoxen Intervention. In: Arndt u.a. (Hg.), S. 189-197.

Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin (Hg.) (1984): *Methoden in der Frauenforschung. Symposium an der Freien Universität Berlin vom 30.11.-2.12.1983*. Frankfurt am Main: Rita G. Fischer.

**Dieter Dohmen: Neuordnung der Studienfinanzierung. Eine kritische Bestandsaufnahme des heutigen Systems und der vorliegenden Reformvorschläge. Verlag Peter Lang/ Frankfurt/M. u.a. 1996, 240 S., DM 69,00. ISBN 3-631-30903-1.**

---

Die Finanzierung des Studiums ist ein Schlüsselfaktor für die langen Studienzeiten an den deutschen Universitäten. Das stellte kürzlich eine Studie der Universität Koblenz-Landau fest. Insbesondere der Umstand, daß über 80% der Studierenden neben ihrem Studium einer Arbeit nachgehen müssen, um ihre Lebenshaltungskosten zu erwirtschaften, verlängere die Studienzeiten. Um so mehr verwundert es, wie sehr sich die Diskussion um eine Reform der Ausbildungsförderung bereits in die Länge zieht. An einen bald gescheiterten Versuch von Bundesbildungsminister J. Rüttgers anschließend, die Darlehensleistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) verzinst rückzahlungspflichtig zu machen, entspann sich ab dem Sommer 1995 eine zunächst heftige Diskussion um Modelle und Rechenbeispiele (vgl. *hochschule ost* 4/1996). Nachdem sich die Ministerpräsidenten der Länder am 18. Dezember des letzten Jahres mit der Bundesregierung jedoch erneut nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen konnten, ruht inzwischen auch dieses Reformvorhaben sanft den Wahlen entgegen.

Der Autor des hier anzuzeigenden Bandes, seit 1993 Leiter des Kölner Forschungsinstitutes für Bildungs- und Sozialökonomie, hatte dies noch nicht vorausgesehen: „Die Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung für Studierende wird konkret ... Damit bleibt das Thema Studienfinanzierung auf der politischen Tagesordnung“ (S. 6), schreibt er in seinem Vorwort. Das geschah vor dem Hintergrund einer breiten Palette von Modellen, die seit 1995, teils als Reaktion auf Rüttgers' Vorstoß, teils als schon länger

angedachte Vorschläge, wie Pilze aus dem bildungspolitischen Boden schossen. Diese Modelle will der Autor in seinem Buch vorstellen und auf ihre spezifischen Schwächen und Stärken befragen.

Zunächst stellt Dohmen ausführlich die bestehenden ausbildungsbezogenen Transferleistungen dar, die vom BAföG übers Kindergeld bis zur Sozialversicherungsfreiheit während des Studiums reichen – insgesamt zählt er über 40 solcher Leistungen auf, die Studierende und deren Eltern von den Kosten eines Studiums entlasten sollen (S. 94). Die sich daraus ergebende wichtige Frage nach dem Finanzvolumen für eine Reform der Ausbildungsförderung kann er allerdings allein aufgrund eigener Berechnungen beantworten, da nur mangelhafte offizielle Daten vorliegen. Für 1996 schlußfolgert er auf einen Betrag von 9,4 Mrd. DM (dieses Finanzvolumen hat sich bis heute sowohl nominal wie auch real erheblich verringert), wovon zwei Drittel auf Eltern gewährte studienbezogene Leistungen entfallen. Von diesem Finanzvolumen müßten Reformvorschläge zwangsläufig ausgehen (Kostenneutralität), „da eine Zustimmung der Finanzministerien zu höheren Ausgaben bzw. Mindereinnahmen kaum zu erwarten ist“ (S. 95). Das bisherige System charakterisiert der Autor als in seiner Organisation ineffizient und intransparent, die Abstimmung der verschiedenen Transferleistungen als nicht zufriedenstellend (S. 96).

In einem zweiten Teil formuliert Dohmen Zielsetzungen für eine Neuordnung der Studienfinanzierung. Abgesehen vom Vorschlag Rüttgers', dessen Absicht sich in der kurzfristigen Einsparung von Haushaltsmitteln erschöpft (S. 103), lassen sich aus den verschiedenen Modellvorschlägen allgemeine Grundsätze für eine Reform ableiten, die Dohmen als seine Kriterien für die Diskussion der einzelnen Modelle definiert. Darunter zählen Ziel- und Systemeffizienz, Transparenz, Sicherung von Chancengleichheit, die Lösung von Studierenden aus der Unterhaltsabhängigkeit gegenüber ihren Eltern und eine Flexibilität angesichts neuer Formen der Verbindung von Studium und Erwerbsarbeit.

Im Hauptteil geht der Autor nach der gängigen Unterscheidung der Modelle vor: Verzinsliche Teildarlehen (z.B. Rüttgers), Sockelförderungsmodelle (Deutsches Studentenwerk und Kultusministerkonferenz) sowie Ausbildungskassenmodelle (Bundesausbildungsförderungsfond/ BAFF). Mit einer detaillierten Diskussion der jeweils spezifischen Problemzonen der einzelnen Modelle, die von bildungspolitischen Erwägungen, staatsfinanziellen Überlegungen bis zu verfassungsrechtlichen Bedenken reichen, macht Dohmen deutlich, mit welchen Schwierigkeiten eine Revision des bestehenden BAföGs zu rechnen hat und liefert damit, dies sei als Anmer-

kung hinzugefügt, eine naheliegende Erklärung für den zu konstatierenden Drang der politisch Verantwortlichen zur Beibehaltung des *status quo*. Interessant ist auch seine wenig erfreuliche Schlußfolgerung aus der Analyse des Rüttgers-Modells, „daß mit der geplanten Modifikation eine Veränderung der Nachfrage nach Ausbildungsförderung beabsichtigt und mittelfristig die Abschaffung der Ausbildungsförderung angestrebt wird“ (S. 158).

Doch auch die anderen Modelle dürften Studierende nicht jubeln lassen. Während beim BAFF „insbesondere gutsituierte Familien bzw. Studierende aus einkommensstärkeren Familien“ durch Umverteilungsmaßnahmen begünstigt würden (S. 217), könnten beim Modell der Kultusministerkonferenz (Drei-Körbe-Modell), wie es dem Autor 1996 vorlag, eine Begünstigung allein Familien mit mittlerem Einkommen erwarten (S. 203); zudem beabsichtige es eine Lenkung von Studierenden in die Fachhochschulen. Das DSW-Modell, dessen Grundstruktur Dohmen aufgrund der Zusammenfassung der Transferleistungen (was allerdings allen Vorhaben mit Ausnahme desjenigen von Rüttgers eigen ist), einem geringen Verwaltungsaufwand und einer stärkeren Ausrichtung des Förderungsbetrages an studentischen Bedürfnissen als vorteilhaft beurteilt (S. 172), hat ebenfalls mit dem Problem einer Umverteilung zuungunsten einkommensschwacher Familien zu kämpfen und daher mit dem Vorwurf, bildungspolitisch unerwünschte Wirkungen zu entfalten.

Abschließend macht Dohmen einen eigenen Vorschlag, der allerdings – der Autor führt dies selbst an – noch erheblicher Überarbeitung bedarf und insbesondere in rechtlichen Fragen auf wackeligen Füßen stehen dürfte. Allerdings ist die Feststellung, die Dohmen zu diesen eigenen Reformüberlegungen Anlaß gab, bedenkenswert: „Die vorgestellten und diskutierten Reformvorschläge sind aus unterschiedlichen Gründen in ihrer vorliegenden Form nicht umsetzbar“ (S. 219). Da mit Fug und Recht gleichzeitig immer wieder betont wird, wie revisionsbedürftig das derzeitige BAföG ist, bleibt die beklemmende Frage nach dem *Wie weiter* auch nach der Lektüre dieses Buches offen.

Dohmens Arbeit war mit der Veröffentlichung in Teilen unaktuell. Inzwischen sind einige Modell aus praktischen (DSW) oder politischen (BAFF) Gründen nicht mehr in der Diskussion präsent, andere haben ihr Gesicht unterdessen völlig gewandelt, neue sind hinzugekommen (Bayern-Modell, Potsdamer Modell von Studierendenvertretungen). Die allen Reformüberlegungen zugrunde liegenden Finanzansätze sind zweifellos obsolet, denn die als Basis genommenen Ausgaben für die Ausbildungsförderung auf Bundesebene sind weiter gesunken und werden weiter sinken (vgl. dazu

die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, in *hochschule ost*, 1/1998, S. 227). Eine Kostenneutralität einer BAföG-Reform ist damit noch weitaus illusorischer als vor zwei Jahren – und ihre politische Durchsetzungsfähigkeit ebenso.

Da das zähe Geschäft um die BAföG-Reform also weitergehen wird, bleibt das vorliegende Buch auch künftig nützlich insofern, als es die prinzipiellen Komponenten des bestehenden Transfersystems beleuchtet und durch die Diskussion der meisten bisher formulierten Vorschläge Vorgaben für neue Ansätze liefert. Sein Hauptverdienst dürfte jedoch darin liegen, die Modellvorschläge verschiedener Provenienz auf ihre (bildungsökonomischen und -politischen) Wirkungen untersucht und damit die Möglichkeit eröffnet zu haben, politische Absichtserklärungen mit der Realität zu konfrontieren. Da dieses Buch zudem über weite Strecken wenn auch nicht fesselnd, so doch gleichfalls für NichtwirtschaftswissenschaftlerInnen verständlich geschrieben wurde, ist es handhabbar für potentielle NutzerInnen.

*Falk Bretschneider (Leipzig)*